

Der „Vorwärts“ verboten.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt amtlich:

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht unter der Überschrift „Sozialdemokratie und Frieden“ eine Kundgebung, in der dargelegt wird, wie die deutsche Sozialdemokratie im Kampfe um die nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit Deutschlands ihre Pflicht getan hat, und wie ihre friedlichen Bemühungen von den Sozialdemokraten der feindlichen Länder aufgenommen worden sind. Als Tatsache wird festgestellt, „daß die große Masse der dem Internationalen Sozialistischen Büro angeschlossenen Sozialisten Englands und Frankreichs, ihre Organisationen und Leitungen, mit ihren Regierungen den Krieg fortführen wollen bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands“.

Trotz dieser Feststellungen fordert der sozialdemokratische Parteivorstand unter Kennzeichnung seiner eigenen Kriegsziele, gestützt auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen geschaffene günstige Kriegslage, die Regierung auf, ihre Bereitwilligkeit kundzutun, in Friedensverhandlungen einzutreten, und dem blutigen Ringen ein Ende zu machen.

Der „Vorwärts“ ist wegen dieser Kundgebung mit Rücksicht auf die noch für die Erörterung von Kriegszielen bestehenden Zensurvorschriften verboten worden. Sie ist in hohem Maße zu bedauern, weil dieser Versuch, den Entschlieungen der Regierung vorzugreifen, im Auslande einen, wahrscheinlich auch der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie höchst unerwünschten Eindruck machen wird. Nach bewährten Mustern wird das Manifest allgemeinen Friedenswunsches als Beweis einer in Deutschland tatsächlich nicht bestehenden slauen Kriegsmüdigkeit ausgenutzt werden. Das Manifest ist somit geeignet, die Hoffnungen unserer Feinde erneut zu beleben.

Sobald der Fortgang der militärischen Ereignisse und die politische Lage Aussicht bietet, erfolgreich in Friedensermägungen einzutreten, wird die Regierung von selbst das Ihrige tun. Bis dahin aber gibt es für das deutsche Volk nur die Parole: Durchhalten!